Zusammenfassung:

- Israel ist noch nicht formell in einen Wahlkampf eingetreten, aber politisch hat der Wahlkampf bereits begonnen.
- Am 20. Mai billigte die Knesset in einer ersten Lesung einen Gesetzentwurf zur Selbstauflösung, der von allen 110 (von 120) Abgeordneten, die an der Abstimmung teilnahmen, unterstützt wurde.
- Premierminister Benjamin Netanjahu war nicht anwesend, angeblich wegen Sicherheitsberatungen.
- Mit der Abstimmung ist das Parlament noch nicht aufgelöst: Der Gesetzentwurf muss noch einen Ausschuss und drei weitere Lesungen durchlaufen.
- Aber es ist das bisher deutlichste Zeichen dafür, dass die derzeitige Koalition das Ende ihres politischen Lebens erreicht hat.
- Die Wahlen müssen spätestens am 27. Oktober 2026 stattfinden.
- Es wird eine Wahl der Abrechnung für die israelischen Wähler sein, um die derzeitige Regierung für ihr Versagen bei der Verhinderung des Massakers vom 7. Oktober 2023 und ihre Politik seither zu bestrafen.

Von Jan Kapusnak

Der unmittelbare Auslöser ist der seit langem andauernde Streit über den ultraorthodoxen Militärdienst – ein Thema, das die israelische Politik seit Jahrzehnten verfolgt. Netanjahus Haredi-Partner haben die Geduld verloren, weil es nicht gelungen ist, ein Gesetz zu verabschieden, das die Ausnahmen für Jeschiwa-Studenten kodifiziert und verlängert. Was einst eine wiederkehrende, aber überschaubare Koalitionskrise war, ist nun zu einem Wahlkampfschlager geworden.

Seit dem 7. Oktober 2023 ist das Thema weitaus brisanter geworden: Hunderttausende Israelis haben in Uniform oder in der Reserve gedient, viele sind getötet worden, und das alte Befreiungssystem erscheint einem Großteil der Öffentlichkeit zunehmend unhaltbar.

Nach israelischem Recht kann sich die Knesset nur selbst auflösen, wenn sie in den erforderlichen Lesungen ein Auflösungsgesetz verabschiedet, wobei für die Schlussabstimmung die Unterstützung von mindestens 61 Knessetabgeordneten erforderlich ist. Solange das nicht geschieht, hat Netanjahu noch Spielraum. Die Tatsache, dass der Gesetzentwurf nun von der Regierung unterstützt wird, ist ebenfalls von Bedeutung: Damit hat die Koalition eine größere Kontrolle über den Zeitplan für die Gesetzgebung und den möglichen Wahltermin, als dies bei einem von der Opposition unterstützten Gesetzentwurf der Fall gewesen wäre.

Die Frage ist jetzt weniger, ob Israel wählen wird, sondern wann. Die Wahlen müssen bis spätestens 27. Oktober 2026 stattfinden, aber wenn das Auflösungsgesetz verabschiedet wird, könnten sie vorgezogen werden, möglicherweise auf September. Das genaue Datum ist von politischer Bedeutung. Unabhängig davon, wann die Israelis wählen, wird der Wahlkampf wahrscheinlich zu einem Referendum über den 7. Oktober, den Krieg, den Haredi-Entwurf und Netanjahus Führung. Ein früherer Wahltermin würde Netanjahu weniger Zeit lassen, um das politische Narrativ neu zu gestalten. Ein späterer Termin würde ihm einige Wochen mehr Zeit geben, sich als der einzige Führer zu präsentieren, der Israels Kriege und den internationalen Druck bewältigen kann.

Umfragen zeigen, dass die israelischen Wähler einen Wechsel wollen

Der mögliche Ausgang ist ungewiss, aber der Trend ist nicht günstig für die derzeitige Koalition. Eine kürzlich durchgeführte Maariv-Umfrage ergab, dass 55 Prozent der Israelis es vorziehen, dass Netanjahu nicht erneut kandidiert und sich aus der Politik zurückzieht. Die gleiche Umfrage ergab, dass der Koalitionsblock nur 49 Sitze hat, während die derzeitige Opposition, ohne die arabischen Parteien, 61 Sitze erreicht. Umfragen sind keine Wahlen, und israelische Kampagnen ändern sich oft schnell. Aber die rechts-religiöse Koalition, die 2022 eine Mehrheit errungen hat, scheint sich ihrer nicht mehr sicher zu sein.

Der größte Vorteil der Opposition besteht darin, dass sie die Wahl als eine Abstimmung über den nationalen Wiederaufbau gestalten kann. Der ehemalige Premierminister Naftali Bennett und Yair Lapid haben sich unter der Liste

„Gemeinsam“ zusammengeschlossen. Sie präsentieren sich als eine breite zentristische Alternative, die in der Lage ist, die Rechte und die Mitte, die Religiösen und die Säkularen zu vereinen, um die Institutionen zu reparieren, die Haredi zu rekrutieren und den Wiederaufbau nach dem 7. Oktober voranzutreiben. Aber sie müssen die Wähler noch davon überzeugen, dass ihre Partnerschaft mehr ist als ein Anti-Netanjahu-Arrangement.

Netanjahus Weg ist schmaler, aber nicht geschlossen. Der Likud bleibt ein mächtiger politischer Apparat, seine Stammwählerschaft bleibt ihm treu und die Opposition steht immer noch vor der bekannten israelischen Herausforderung, die Anti-Netanjahu-Stimmung in eine kohärente Regierungsmehrheit zu verwandeln. Selbst wenn es zu Neuwahlen kommt, würde Netanjahu während der Übergangsphase Premierminister bleiben und könnte politisch überleben, wenn es seinen Gegnern nicht gelingt, eine stabile Koalition zu bilden.

Die Ausnahmeregelung für Haredi ist für Netanjahu zu einem giftigen Thema geworden

An dieser Stelle werden die Haredi-Parteien zum Paradoxon des Wahlkampfs. Ihre Revolte hat dazu beigetragen, die Regierung an den Rand des Abgrunds zu bringen, und dennoch könnten sie für Netanjahus Hoffnungen auf eine Rückkehr an die Macht entscheidend sein. Gleichzeitig ist die Frage der Wehrpflicht seit Beginn des Krieges noch viel giftiger geworden. Jede zukünftige Regierung wird mit demselben Widerspruch konfrontiert sein: Israel braucht Soldaten, aber sein politisches System ist seit langem von Parteien abhängig, deren Macht darauf beruht, dass sie Ausnahmeregelungen beibehalten und den Einfluss der Koalition in sektorale Privilegien umwandeln.

Die Auflösung der Knesset markiert den Zusammenbruch der Koalitionsformel für die Zeit nach 2022 unter dem Gewicht des Krieges, der öffentlichen Wut, der Angriffe auf die demokratischen Institutionen und der ungelösten Haredi-Entwurfsfrage. Die kommenden Wahlen werden nicht nur darüber entscheiden, wer die nächste Regierung bildet. Sie wird auch zeigen, ob die israelische Politik vom Überlebensmodus zum Wiederaufbau übergehen kann.

Für Netanjahu wird der Wahlkampf ein weiterer Kampf ums politische Überleben sein – ein bekanntes Muster, seit Israel 2019 in den Zyklus der wiederholten Wahlen eingetreten ist, jetzt aber unter dem weitaus schwereren Schatten des 7. Oktober. Für die Opposition ist es eine Chance, ihre Wut in eine Regierungsmehrheit zu

verwandeln. Für Israel ist es eine weitere Wahl, die aus der Krise geboren wurde, aber vielleicht auch der erste wirkliche Test, ob das Land eine neue politische Ordnung nach der Katastrophe aufbauen kann.

Jan Kapusnak ist ein politischer Analyst und Autor, der regelmäßig für www.fokusisrael.ch schreibt. Er lebt in Tel Aviv.